

Klaus Brake

„Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ und Wirkungskräfte der Raumstrukturierung

Zum Umgang mit einer Programmatik zu Zeiten von Globalisierung

“Equivalence of living conditions” and impact forces of spatial structuring

On the treatment of a programme in times of globalisation

Kurzfassung

Systematische Veränderungen der Raumstrukturierung lassen den gewohnten Zusammenhang von ortsgebundener Wirtschaft und geringer Mobilität erodieren. Dünn besiedelte Gebiete neuer Qualität im erweiterten Bundesgebiet und Entleerungspfade im Zuge des demographischen Wandels bzw. einer Urbanitäts-Affinität wissensbasierter Ökonomie verstärken ungleiche Raumentwicklung. Das stellt den tradierten Umgang mit Räumen geringer Dynamik bzw. dünner Besiedlung massiv infrage und die Gerechtigkeits-Erwartungen auf den Prüfstand.

Eine Neuinterpretation „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ muss einen Umgang mit stärker ausdifferenzierten Verhältnissen ermöglichen, der nachhaltig funktionierende räumliche Strukturen verheißt. Das Versprechen angemessener Arbeits- und Lebensbedingungen für jeden dort, wo er aufwächst, muss abgelöst werden durch seine Ertüchtigung für eine zeitgemäße Lebensgestaltung gegebenenfalls auch anderswo (Chancengleichheit). Für eine Teilhabe am Arbeitsleben sind auch in Räumen geringer Dynamik bzw. dünner Besiedlung angepasste Aktivitäten zu fördern.

Statt Umverteilung wird stärker eigenverantwortliche Ertüchtigung betont, jedoch nicht als Entlassung aus gemeinsamer Entwicklung und Verantwortung. Herausforderungen und Aufgaben (Rahmenbedingungen/Ansätze) zielen auf eine „Infrastruktur der Ertüchtigung,“ was tragfähige Raum-Rollen, übergreifende Verständigung, Ausrichtung (Bildung) und Kooperation anbelangt.

Der Beitrag plädiert für einen realitätsorientierten und insofern zukunftsfähigen Umgang mit ungleichwertigen Lebensverhältnissen anstelle normativer Beschwörungen. Angesichts grundsätzlich stärker segregierender Raumstrukturierung sollten tendenziell unbewohnte Teilräume weniger ein Tabu bleiben denn Ansporn sein für neuartige Differenzierungs-, Kooperations- und Kohäsions-Konzepte, um auch der Fiktion „nachholender Entwicklung“ oder faktischer „passiver Sanierung“ zu begegnen.

Abstract

Systematic changes in spatial structuring are eroding the habitual relationship between the place-based economy and low mobility. Sparsely settled areas with a new quality in the enlarged area of the Federal Republic of Germany and patterns of depopulation in the course of demographic change as well as an affinity to the urbanity of the knowledge economy are reinforcing unequal spatial development. This puts the traditional treatment of areas with low dynamics or sparse settlement massively into question and calls for a re-examination of expectations of justice.

A re-interpretation of “equivalent living conditions” must allow a treatment of more strongly differentiated conditions, which promises sustainable functioning spatial structures. The promise of appropriate working and living conditions for everyone where he is growing up must be substituted by his enablement to lead a life in keeping with the times, possibly elsewhere (equality of chances). For a participation in working life adapted activities must also be promoted in areas with low dynamics or sparse settlement.

Instead of redistribution a self-responsible enablement is more strongly emphasised, but not as a relinquishment of common development and responsibility. Challenges and tasks (basic conditions/approaches) aim at an “infrastructure of enablement”, as far as feasible spatial roles, comprehensive communication, orientation (education) and co-operation are concerned.

The article advocates a reality-oriented and insofar future-oriented treatment of unequal living conditions instead of normative invocations. In view of a fundamentally more strongly segregating spatial structure, the tendentially uninhabited areas should remain less a taboo than be an incitement for new differentiation-, co-operation- or cohesion concepts, in order to meet also the fiction of “catching up in development” or factual “passive redevelopment”.

1 Anspruch

Die aktuelle großräumige Entwicklung unterliegt systematisch veränderten Bedingungen. Eine Programmatik wie die der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gerät daher auf den Prüfstand. Das zeigt die virulente Diskussion über dieses Postulat, die über Tagungen und Fachmedien (s. insb. ARL 2005, 2006; Beirat RO/BMVBS 2005; BBR 2006) hinaus bis in die politische Bildung (vgl. Barlösius 2006) und sogar die Tagespresse (z.B. FTD 2006, NZZ 2006) hineinreicht.

Zur Akzentuierung dieser Diskussion sollen im Folgenden vier Überlegungen beitragen:

- (1) eine Vergewisserung, was denn für die Bundesrepublik Deutschland der Bezugspunkt ist für die Programmatik einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse (Kap. 2)
- (2) eine Beleuchtung der aktuellen Situation (Kap. 3)
- (3) deren Bewertung im Hinblick auf Herausforderungen für den Umgang mit dieser Programmatik (Kap. 4)
- (4) eine Einkreisung von Handlungsfeldern (Kap. 5).

Dabei sollen normative Aspekte, und zwar gesetzliche wie auch moralische, zunächst nachrangig sein, ebenso Fragen der Zuständigkeit, etwa des Staates bzw. der Zivilgesellschaft, wie auch der Leistungsfähigkeit einzelner Instrumente. Es soll um eine „funktionale“ Herangehensweise gehen – als Grundlage neuer Orientierungen.

2 Bezugspunkte des Postulats gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland

Zunächst gilt es sich zu vergewissern, um was es bei dieser Thematik geht und in welcher Einschätzung die Programmatik der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland kultiviert wird.

„Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ als großräumige Gestaltungsaufgabe im Bundesgebiet lebt von bestimmten konzeptionellen Annahmen. Als Ausgangspunkt kann angesehen werden, dass Menschen, wo immer sie leben, Existenzbedingungen vorfinden sollen, die in ihrer qualitativen Struktur dem Entwicklungsniveau Deutschlands entsprechen bzw. „gesellschaftlich akzeptierten Standards“ genügen (Kersten 2006, S. 247). Diese Standards können konkret vor Ort jeweils unterschiedlich ausgeprägt, sollen aber in das gemeinsame Anspruchsgefüge eingebunden sein. Als wesentliche Grundlage dafür gilt die entsprechende Teilnahme am Arbeitsleben bzw. – darüber vermittelt – am Sozialleben. Als Regelfall wird so unterstellt, dass es Menschen zur Realisierung dieses Anspruchs möglich sein soll, dort bleiben und leben zu können, wo sie aufwachsen bzw. (inzwischen) zuhause sind. Und das wiederum bedeutet, dass ihnen dafür gegebenenfalls mit Unterstützung – im wahrsten Sinne des Wortes – „entgegen“zukommen ist.

Dieser Ausgangspunkt schließt zwei zentrale Annahmen ein:

Er impliziert eine geringe – bis abwesende – räumliche Mobilität von Menschen ebenso wie eine (sozio-)ökonomische Entwicklung, die überall auf einem – wenn auch differenzierten – Niveau verläuft, das „gleichwertige Lebensverhältnisse“ ermöglicht. Diese Entwicklung muss dabei von ihrem Kern her, nämlich in Bezug auf den Faktor Arbeit, in einem ökonomisch zeitgemäßen Spektrum verlaufen und auf lange Sicht tragfähig sein, also ohne Dauersubvention auskommen. Eine „passive Sanierung“ dagegen erscheint wegen der Desintegration und des fragilen Wertgefühls davon betroffener Menschen wie auch Gebiete unangemessen und auch politisch unvertretbar, da dies systemunverträgliche Erosionsfolgen und damit wiederum verbundene – zumal soziale – Spannungen zeitigen könnte.

Mit dieser Sichtweise bzw. Programmatik sollen einige übergeordnete Ansprüche eingelöst werden, wobei der Blick speziell auf den Aspekt flächendeckender Gerechtigkeit und den räumlichen Zusammenhalt der Entwicklung im Bundesgebiet gerichtet ist: So soll Gerechtigkeit überall gewährleistet sein und sich Entwicklung lückenlos über den gesamten Staatsraum erstrecken, d.h. ohne größere „Löcher“ aufzuweisen. Insofern ist diese Position in das Sozialstaats-Postulat eingebunden und sind auch die Verankerung dieser Programmatik im Grundgesetz und entsprechende Gesetze erklärlich.

Über Jahrzehnte wird daher versucht, mit „hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleibenden“ Gebieten umzugehen. Damit sind im Wesentlichen ländlich-periphere Räume im Blick, also vor allem eher dünn besiedelte bzw. industriell wenig wettbewerbsfähige Gebiete. In der alten Bundesrepublik waren das insbesondere zugleich grenz- oder küstennahe Räume wie das Emsland bzw. das Wendland, Osthessen oder Oberfranken („Zonenrandgebiete“) oder – mit industriellen Strukturschwächen – das Saarland. Sie galt es im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse zu fördern. Entsprechende Maßnahmen, wie über den Finanzausgleich hinaus etwa die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW), sollten zwar dem Aufbau funktionsfähiger sozioökonomischer Strukturen dienen (Stichwort: „nachholende Entwicklung“), waren insgesamt aber stark geprägt von einem Ausgleich der Daseinsvorsorge.

So weit ein kurzer Aufriss, mit welchen Ansprüchen und in welcher Einschätzung Deutschland die Programmatik der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse kultiviert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der aktuellen Situation. Sie wird im Folgenden zunächst für den realen Prozess der Raumstrukturierung gestellt.

3 Gibt es in raumstrukturierender Hinsicht eine neue Situation?

Die Programmatik der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse setzt sich ja damit auseinander, dass die großräumige Flächennutzung insbesondere vermittelt Arbeit/Wirtschaft bzw. Wohnen/Alltagsleben sowie das Verhalten der jeweiligen Akteure unterschiedliche Akzentuierungen realisiert, was vor allem Dichte einerseits und sozioökonomische Effekte andererseits betrifft. Die Verortung ihrer Ausprägung ist – zudem als Existenz- und Entwicklungsgrundlage – quantitativ und vor allem qualitativ ungleich. Unsere realen räumlichen Strukturen bilden sich in erster Linie über die standörtlichen Präferenzen der Akteure heraus. Dieser „Realprozess“ der Raumstrukturierung und der Grad der Steuerung seiner Kräfte bilden nicht unwesentliche Rahmenbedingungen dafür, wie mit der Programmatik der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse umgegangen werden soll.

Mit Blick auf den konzeptionellen Kern der Programmatik sind zunächst vor allem zwei neuartige raumstrukturierende Tendenzen bemerkenswert:

Zum einen nimmt die interregionale Mobilität generell merklich zu (vgl. Schlömer 2004, S. 107), wobei sowohl die räumlichen wie auch die kausalen Muster heterogen sind. Vieles spricht dafür, dass es sich dabei vor allem um arbeitsmarktbedingte Binnenwanderungen handelt. Dies betrifft gerade die Befunde zu den Wanderungen jüngerer Menschen und zu Ostdeutschland als auffälligster Abwanderungsregion bzw. zu Agglomerationsräumen wie Hamburg und München als Zielregionen (vgl. Schlömer/Bucher 2001). Soweit die faktische Mobilität heute bisweilen ausgeprägter ist als in vergleichbaren früheren Situationen in den alten Bundesländern (Nord-Süd-Gefälle), ist zu vermuten, dass auch die Mobilitätsbereitschaft als Grundeinstellung offener geworden ist – ein entsprechendes Agieren also nicht mehr nur als „erzwungene Mobilität“ empfunden wird. Nicht von ungefähr findet für Standorte, egal ob Städte, Regionen oder Länder, ganz konkret ein „Wettbewerb um Köpfe“ statt, und zwar um die besten Köpfe. Im Ergebnis können Menschen wieder in ausgeprägterem Maße dort erwartet werden, wo es auch Arbeitsmöglichkeiten gibt. Ein (selbst-)regulierendes Moment von Mobilität, wie wir es lange Zeit nicht mehr erlebt haben, kommt also in – zumal für Deutschland – ganz ungewohnter Weise wieder zur Entfaltung.

Zum anderen sind für die Zukunft relevante Entwicklungen in Wirtschaft und Lebensweise (Stichwort: „Wissensgesellschaft“, s.u.) mit einem neuen Stellenwert der Attraktivität von urbanen Qualitäten verbunden.

Darauf basieren Tendenzen und Diskussionen einer „Reurbanisierung“ als Verstädterung bzw. als neuem Bedeutungsgewinn „des Städtischen“ (vgl. Läßle 2004; Brake 2007).

Was bedeutet das?

Offenbar wirken die Mechanismen der Lokalisierung von Menschen bzw. Tätigkeiten verändert. Und diese Tendenzen der Raumstrukturierung sind nicht als kurzlebig einzuschätzen, sondern hängen vielmehr im Kontext des ebenso aktuellen wie epochalen Strukturwandels eng miteinander zusammen. Als besondere Merkmale dieses Strukturwandels sollen hier nur drei kurz aufgerufen werden: (1) eine nochmals radikal entgrenzende Globalisierung (was Raum-/Zeitüberwindung anbelangt), (2) eine intensiviertere wissensbasierte Ökonomie (und entsprechende Kommunikations-/Kooperations-Milieus) sowie (3) stärker individualisierte Verantwortlichkeiten (Deregulierung individueller wie institutioneller Kontexte). Damit sind Wirkungskräfte benannt, die auf jeden Fall stärker selektive Strukturierungen befördern.

Aus diesem Entwicklungszusammenhang wäre im Hinblick auf eine Programmatik wie der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zunächst zweierlei zu schließen:

- Korreliert das gesamte Entwicklungsniveau verstärkt mit wissensbasierter/kreativer – statt fertigungs-industrieller – Ökonomie, dann bestimmen sich im Bundesschnitt strukturell vergleichbare Existenzbedingungen zunehmend ausgeprägter im Zusammenhang dicht besiedelter urbanisierter Gebiete. Und sehen sich Menschen – und zwar in neuartiger Orientierung – in der Lage, ihren angestammten Ort bzw. Lebensmittelpunkt zu verlassen, so muss ihnen dorthin nicht mehr gleichermaßen „entgegen“gekommen werden, zumal soweit adäquate und zukunftsweisende sozioökonomische Entwicklungen dort auch nur immer komplizierter möglich sind.
- Sodann hat es Deutschland inzwischen von zwei Seiten her ohnehin intensiver mit Gebieten zu tun, die als „hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleibend“ zu interpretieren sind. Denn erstens beheimatet die neue Bundesrepublik in ihrer Raumkulisse solche Gebiete nun in ganz anderer Dimension, etwa mit Mecklenburg-Vorpommern, das einen wirklichen Prototyp für „dünn besiedelte Gebiete“ darstellt, oder mit der Lausitz als einem Gebiet mit zudem noch altindustrieller Strukturschwäche. Und hinzu kommen inzwischen noch andere Konstellationen von „hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleibenden“ Situa-

tionen: Sie sind strukturellen Schwächen vor Ort geschuldet, den Strukturwandel zu meistern, wirken sich auch in kleinräumiger Segregation aus und treten auch in verdichteten städtischen (Teil-)Räumen auf.

Verstärkend kann zudem der demographische Wandel wirken, soweit er in eine insgesamt abnehmende Bevölkerungszahl, zumal Jüngerer mündet und – vermittelt über selektive Attraktionskräfte und soziale Mobilitätsbereitschaft – Binnenwanderungen befördert und lokale bzw. regionale Erosionsspiralen auslösen kann („Schrumpfen“).

Im Ergebnis spricht vieles dafür, dass für den Realprozess der Raumstrukturierung deutlich veränderte Wirkungsmechanismen anzunehmen sind. Insbesondere ist mit Verschärfungen von großräumigen Disparitäten in ganz neuer und systematischer Qualität zu rechnen. Den Fokus der weiteren Überlegungen bilden dabei die dünn besiedelten und weniger dynamischen Teilräume Deutschlands.

4 Eine neue Situation auch für die Bewertung

Diesen Annahmen räumlicher Entwicklung stehen die Ansprüche an die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ gegenüber, die ja weiterhin präsent sind. Das erklärt auch die aktuell wieder sehr virulente Diskussion. Für deren Akzentuierung soll hier Folgendes in den Mittelpunkt gestellt werden: Eine neue Bewertung dieser Programmatik ist vorrangig nicht so sehr wegen Eigengesetzlichkeiten des „demographischen Wandels“ bzw. finanziell eingeschränkter öffentlicher Handlungsmöglichkeiten geboten. Diese Prozesse sind, selbst soweit dafür naturgesetzliche Parameter bemüht werden, gestaltbar – wenn es denn gewollt ist. Dafür aber benötigen wir im Hinblick auf „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ vor ihrer eventuellen Neuinterpretation eine Verständigung über den Charakter der veränderten Wirkungsmechanismen von Raumstrukturierung, denn zu viele der Annahmen haben sich tiefgreifend verändert.

Zukünftig müssen wir vor allem davon ausgehen, dass komparative Vorteile und deren Wahrnehmung für Lokalisierungen durchschlagender werden und dass sich „kreative“ Tätigkeiten bzw. Glieder der Wertschöpfungskette standörtlich wieder weiter konzentrieren. Von daher wird es eher noch komplizierter, sich überall vor Ort auf ökonomische und soziale Strukturen zu orientieren, die zur Gestaltung von Lebensverhältnissen jeweils nach Maßgabe gesellschaftlich akzeptierter Standards hinreichend ergiebig sind. Das überkommene Konzept, mit diesem Problem umzugehen, ist

das des Ausgleichs – was Ausstattung bzw. Kenngrößen anbelangt – und des Transfers. Ist dieses aber – gerade jetzt – realitätsnah und zukunftsführend?

Herausforderungen

Beim Umgang mit räumlichen Strukturierungsprozessen haben wir es mit einer eigentümlichen Widersprüchlichkeit zu tun, was Notwendigkeiten bzw. Möglichkeiten relativ ausgeglichener Raumentwicklung anbelangt:

Auf der einen Seite tendiert eine noch ausgeprägtere wissensbasierte Ökonomie ihrerseits zu Polarisierungen. Dies betrifft die aktive erwerbstätige Teilhabe daran ebenso wie dafür begabte Orte (vgl. Brake 2004). Darauf muss sich insbesondere solch ein Wirtschafts- und Sozialraum einstellen, dessen Sozialökonomie – wie die unsrige – insgesamt bereits stark tertiarisiert ist. „Kohäsion“, und zwar soziale ebenso wie territoriale, wird also nochmals zu einer besonderen Herausforderung. Dafür gibt es jedoch, zumindest in deutscher Sicht, historisch schon länger spezifische konstruktive Vorerfahrungen.

Auf der anderen Seite stellen die Integrationsvorgänge in Wirtschaft und Politik zunehmend eingegrenzte Nationalstaaten wie auch Nationalökonomien in Frage. Wir erleben den Übergang zu neuen „Gefäßen“, wie den – etwa für die EU angedachten – „Regionen“. Dabei werden jedoch Räume spezifischer Kulturen, und zwar insbesondere des Wirtschaftens, keineswegs eingeebnet. So wird z.B. die Formation einer Ökonomie hoher Qualifikationen und – wegen der entsprechenden Infrastrukturen – ebenfalls hoher Kosten auch weiterhin zur Wirkung kommen. Die Reintegration von einstmals in Billiglohnländer ausgelagerten Aufgaben illustriert dies; auch hat entsprechend die EU für ihre weltweite Wettbewerbsfähigkeit etwa die Lissabon-Strategie formuliert. Solche jeweils spezifischen Qualitäten eines Raums auf dem Globus zu kultivieren, könnte auch von Bedeutung sein im Sinne eines „Rückbettungskontextes“ für diejenigen, die global flexibel agieren (vgl. Läßle 2004). Die Frage der Kohärenz eines Raums könnte demnach in ganz neuer Art auf eine durchaus zeitgemäße Bedürfnislage stoßen. Entsprechende Standards bzw. Spielregeln in einem solchen Raum – wie der EU oder ihren Mitgliedsländern – nicht nur durchzusetzen, sondern auch für jedermann partizipierbar zu gestalten, könnte zudem ein neuer Aspekt von „Einheitlichkeit“ sein.

Angesichts von Polarisierungen, die kontraproduktiv wirken, indem sie nachhaltige Entwicklungsressourcen

strapazieren (vom Nachsorgeaufwand ganz zu schweigen), spricht also vieles dafür, weiteren raumstrukturellen Zerklüftungen entgegenzuwirken.

Entsprechend breiter wird die Einschätzung vertreten, über die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ neu nachzudenken. Die diesbezügliche Fachdiskussion vermittelt den Eindruck, als könne ein neuer Umgang mit dieser Programmatik weniger darin gesehen werden, sie als unzeitgemäß bzw. unrealistisch kurzerhand zu verwerfen (vgl. Kersten 2006, S. 248) bzw. an modifizierte Gegebenheiten bloß – eher marginal – anzupassen (vgl. dazu kritisch auch Hahne 2005, S. 258 ff.). Vielmehr wird zunehmend für eine Neuinterpretation dieser Programmatik plädiert (so auch Beirat RO 2005, S. 5, 11; ARL 2006). Die Gründe dafür sind disparat. Im Kern jedoch müssen in erster Linie die hier thematisierten systematischen Veränderungen bei den Wirkungskräften der Raumstrukturierung im Blick sein.

Eckpunkte einer Neuinterpretation

Strategisch wird es darum gehen müssen, das Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Zuge des Prozesses der Raumstrukturierung zukunftsstauglich zu behandeln – also nicht illusionär, was die Wirkungsmechanismen anbelangt, mit denen umgegangen werden muss. Insofern geht es auch hier (mit anderen Akzenten s. Beirat RO 2005) um eine *realitätsorientierte Neuinterpretation*.

Inhaltlich wird es um die Erkenntnis gehen, dass Raumstrukturierung zunehmend ausgeprägter damit verbunden ist, komparative Vorteile zu realisieren und sich dafür zu profilieren. Das trifft auf Akteure ebenso zu wie auf Räume: Individuen bzw. Institutionen müssen in der Lage sein, sich in deregulierten Strukturen aktiv bewegen zu können und zu behaupten, und Gemeinwesen bzw. Standorte müssen in der Lage sein, ihre jeweiligen Begabungen zu qualifizieren und zu kommunizieren, d.h. sich in neuartig volatilen Verhältnissen „aufzustellen“. Kernprozess in beiden Fällen ist *Ertüchtigung*.

Was „realitätsorientiert“ bzw. „Ertüchtigung“ praktisch bedeutet, kann man sich auch damit erklären, wie beide Eckpunkte miteinander zusammenhängen:

Den Zugang bildet der Stellenwert, den wir differenzierter Raumstrukturierung beimessen. Differenzierung ist einer Marktwirtschaft – und zwar durchaus stimulierend – inhärent, Polarisierungen jedoch werden kontraproduktiv. Realistisch wird zukünftig noch deutlicher von motorischen Räumen auszugehen sein und von unterstützenden Räumen, d.h. von Räumen, die

jeweils ganz unterschiedlich originäre Dynamik und entsprechende Ressourcen reproduzieren. Insofern wird es nicht überall ein gleichermaßen bestimmendes bzw. führendes Mitwirken an der sozioökonomischen Entwicklung und ihrer Effekte geben können.

Was dafür begabte Räume anbelangt, so bildet der Grad ihrer Verdichtung und strukturellen Komplexität offenbar das zunehmend zentrale Kriterium. Eine Konzentration der Förderung von (Stand-)Orten urbaner Qualitäten – etwa als „Metropolregionen“ (vgl. Blotevogel 2001) bzw. nach dem Prinzip „Stärken stärken“ – korrespondiert in seiner konzeptionellen Logik jedoch mit einem Rückzug aus der Fläche. In sie dennoch investieren zu wollen, kann illusionär werden, soweit die dort wirklich realisierbaren Entwicklungsbedingungen aus dem Blick geraten. Der Paradigmenwechsel der Brandenburgischen Raumentwicklungspolitik etwa kann ein Indiz für entsprechende Realitätsbemühungen sein. Soweit „die bisherigen Leitbilder und Planungen der dezentralen Konzentration ... den Erfordernissen ... nicht gerecht werden, ... geht es bei der Definition der Funktionen und Räume ... nicht um eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, sondern um eine der jeweiligen Situation und Stärken der Landesteile entsprechende Qualifizierung“ (Platzeck/Wowereit 2005, S. 2).

Die positive Alternative für Räume geringer Dynamik bzw. dünner Besiedlung kann ernsthaft nicht der Versuch einer dennoch „nachholenden Entwicklung“ sein. Vielmehr muss es im Zuge des Strukturwandels darum gehen, die Qualifizierung eines je eigenen Leistungsvermögens zu fördern, und zwar für eine arbeitsteilkooperative Rolle im Standortgefüge ebenso wie für individuelle Aktivitätschancen. Tragfähig ist also nicht ein Ausgleich bei Leistungseffekten (ob von Infrastrukturnetzen oder mit Unterhaltstransfers), sondern ist systemische Entwicklungshilfe statt Versorgung mit Faktoren der Lebensführung. Unabhängig davon, dass sich dieser noch industriegesellschaftlich geprägte Zugang am erreichten Grad von Heterogenisierung bricht (vgl. auch Kersten 2006, S. 246), muten „Daseins“-Bedingungen allein begrifflich schon eigentümlich an. Wer (Vor-)Sorge für das „Dasein“ (Hier-Sein) wichtig findet, kommt womöglich in der Zukunft bzw. anderswo nie an. Plädiert wird daher für eine Neuinterpretation der Gleichwertigkeitsprogrammatik im Sinne einer „Dynamik in Kohäsion“ bzw. dafür, „Besonderes zu fördern und Allgemeines zu entfalten“ (so auch die Heinrich Böll-Stiftung; s. Groth u. a. 2006). Zielführend dafür sind different begabte Räume in produktiver Interaktion als verantwortungsvolle Leistungs- und Potenzialgemeinschaft.

Eine solche Herangehensweise an „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ unter aktuellen Aspekten unterscheidet sich von denjenigen Modernisierungsansätzen, die scheinbar, um angemessene Effekte zu realisieren, eher auf das Beschwören von Wertsetzungen setzen statt auf zeitgemäßes Agieren. Zumindest vermittelt die Diskussion bisweilen den Eindruck, dass ein neuer Umgang mit der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ in einer erweiterten Verbriefung von Normen, ihrer Umformulierung – etwa in „wertgleiche Lebensverhältnisse“ (vgl. MKRO 2006, S. 2), einer Modifizierung von Zielen und Instrumenten (vgl. ARL 2006) bzw. darin gesehen werden könnte, die Einlösung solcher Normen vor allem methodisch zu optimieren, etwa durch eine andere Gewichtung einzelner materieller Faktoren von „Lebensverhältnissen“ (s. dazu kritisch z. B. Hahne 2005, S. 258 ff.).

Ziel einer Neuinterpretation aber muss es vor allem sein, angesichts polarisierender Entwicklungskräfte einen Umgang mit tendenziell stärker ausdifferenzierten Verhältnissen zu ermöglichen, der nachhaltig funktionierende räumliche Strukturen verheißt und ebenso illusionslos ist wie er ertüchtigend wirkt. Solche Strukturen haben sich daran zu messen, wie weit sie es ermöglichen, Menschen, wo immer sie aufwachsen, in die Lage zu setzen, sich zeitgemäß zu reproduzieren, was Arbeit und Leben betrifft – wo auch immer das dann realisiert wird. Sie müssen sich qualifizieren können für „Teilhabechancen und autonome Handlungsspielräume“ (Neu 2006, S. 8), um „Verwirklichungschancen“ (Barlösius 2006, S. 16) für sich und ihre Lebensgestaltung wahrnehmen zu können. Dieses substanzielle Verständnis von „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ emanzipiert die Diskussion darüber auch offensiv von dem üblichen Ventilieren, wie es sich denn mit „gleich“, „gleichförmig“, „wertgleich“ etc. verhält.

5 Aufgaben

Eine solche Neuinterpretation folgt der beabsichtigten „funktionalen“ Herangehensweise als Grundlage neuer Orientierungen. Sie zählt zu den Versuchen, „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ weniger in der überkommenen Logik als vielmehr in Verbindung mit alternativen zeitgemäßen Leitbildelementen zu aktualisieren. Sich dabei auch von der nur deutschen Kulisse zu lösen und z. B. Diskussionsangebote der EU über – zumal territoriale – Kohäsion zu nutzen, kann zudem ein produktiver Ansatz sein (vgl. Kersten 2006, S. 248 ff.).

Mit einer Neuinterpretation dieser Ausrichtung sind dann Klärungen verbunden, die im Wesentlichen auf zwei Ebenen liegen:

Prozessuale Rahmenbedingungen

Nicht überall wird es also ein qualifiziertes Mitwirken an der sozioökonomischen Entwicklung und ihren Effekten gleichermaßen geben können. Umso eher muss es zu einer ergiebigen und tragfähigen Verständigung über Aufgaben für jeweilige Räume kommen, die im Leistungsgefüge unterschiedlich dynamisch einzuschätzen sind. Dabei kann es zu Profilen kommen, die zumal für dünn besiedelte Räume problematisch sein können. Denn diese auf sich gestellt würden keine Rolle ausüben, die – nach tradierten Kriterien und Erfahrungen – augenscheinlich hinreichend leistungsfähig sein kann. Könnten örtliche Entwicklungssituationen dadurch kompensiert werden, dass vor Ort nicht gegebene Standortqualitäten durch vernetzte Angebotsorte bzw. durch digitale Kommunikation gewinnbringend substituiert werden? Entscheidend dafür, sich gerade in einem Umfeld handlungsfähig zu machen, das vergleichsweise weniger komplex strukturiert ist, ist der authentische Austausch zeitgemäßer soziokultureller Erfahrungen; eher virtuelle Optimierungsversuche haben jedoch mit Wirkungsgrenzen zu rechnen. Insofern wird von einer nur wenig eingeschränkten Entfaltung von Disparitäten auszugehen sein.

Es sind also „komplizierte Begleiterscheinungen“ einzukalkulieren – und umso offener ist mit ihnen umzugehen.

Vor allem mental erscheint es kontraproduktiv, einer – zumal kumulierenden – Ausgrenzung einiger Räume Vorschub zu leisten. Diese wären dann irgendwann endgültig „draußen“, auch aus unserem Wahrnehmungsspektrum, und dafür gibt es in Deutschland kein entsprechendes kulturelles Verständnis (vgl. auch Beirat RO 2005, S. 1). Im Blick ist daher eine Integration in das praktizierte Leistungsgefüge räumlicher Arbeitsteilung, in ein System der synergetischen Einheit von Differenz(en) auf der Basis einer qualifizierten Ausübung unterschiedlich verantwortungsvoller Rollen. Dazu müssen alle Räume in ihrer Art einen praktischen Wert haben, womit auch Anerkennung vermittelt werden kann. Ihre Aufgaben müssen systemisch wichtig sein, auch um sie würdigen zu können – gerade wenn damit nicht die Rolle von Jobmotoren verbunden ist. Engagierte Diskussionen verweisen hierzu insbesondere auf nationale Rückzugs-/Kultur-/Erholungs-Räume etc. bzw. auf spezielle Wirtschaftstätigkeiten wie z.B. Nahrungsmittelwirtschaft, nachwachsende Rohstoffe,

erneuerbare Energien, Tourismus oder Gesundheitsdienstleistungen (vgl. etwa Beirat RO 2005, S. 9).

Gerade in dem Fall unterdurchschnittlicher Jobgenerierung ist strukturelle Ertüchtigung notwendig, um arbeitsteilig definierte – und insofern auch eingegrenzte – Rollen innovativ auszugestalten, was sinnstiftende lokale Aufgaben und Tätigkeiten anbelangt (vgl. auch Kubsch 2005). Entscheidend dafür ist Ertüchtigung – zumal individuelle. Sie muss überall vor Ort möglich sein im Hinblick auf die Chancengleichheit, soziale Kompetenz zu erwerben. Und zwar dazu, die eigene aktive und befriedigende Rolle im Strukturwandel zu meistern. Als ubiquitär sind demnach nicht real vergleichbare Lebensumstände zu verstehen, sondern die Möglichkeiten, dafür die qualifikatorischen Voraussetzungen vorzufinden (vgl. auch Strubelt 2006).

Für den Umgang mit der Raumstrukturierung wird es widersprüchliche Aspekte bzw. Erwartungen geben. Sie bedürfen einer angemessenen Form klärender Auseinandersetzung. Die könnte in einem Zusammenwirken komparativer Begabungen und kooperativer Synergien bestehen und in deren übergreifender Identifikation und Förderung. Maßstäbe, Zuweisungen und Aktionen, die damit verbunden sind, müssen – auch im Sinne von Ertüchtigung – Gegenstand einer interregionalen Aushandlung sein im interdependenten Prozess der Raumaneignung unterschiedlicher Akteure.

Für entsprechende Rahmenbedingungen gibt es eine Reihe von Anregungen aus der laufenden Diskussion. Als Bewertungsmaßstab realisierter Lebensverhältnisse in einzelnen Räumen könnte ein Mix hilfreich sein, womit materielle Werte (wie formelle Arbeit oder Einkommen) und ideelle Qualitäten (wie Lebensführung oder informelle Alternativen) als solche erst einmal entkoppelt und fokussiert und dann wieder miteinander verbunden werden, abgestützt auf eine Grundsicherung („Bürgergeld“ o. ä.; Göschel 2004, S. 3). Die Koppelung von messbaren und nur bewertbaren Lebensqualitäten ist methodisch noch offen, würde Gleichwertigkeit aber – vermittelt über Lebenslagen – auf jeden Fall individualisieren (Göschel 2004, S. 3).

Die Verabredung über Rollen einzelner Räume sollte dynamisch und diskursiv angelegt sein. Wichtig ist es, unterschiedliche Erfahrungen zu kommunizieren und zu würdigen („managing diversity“, vgl. Beirat RO 2005, S. 6). Dazu können konkrete Projekte beitragen, die vor Ort der Verständigung über je sinnstiftende Rollen dienen. Dabei könnten Orientierungen auf „Kulturlandschaften“ (vgl. Hauser/Kamleithner 2006; Matthiesen u. a. 2006) verknüpft werden mit Konzepten lokaler und regionaler Ökonomie bzw. Governance, die ebenso der

Ertüchtigung wie auch der Identifikation neuer Räume dienen sollen. Anregungen können Projekte wie die der „Regionalparks“ in Berlin-Brandenburg oder der „Regionale“ in Nordrhein-Westfalen bzw. aus dem Umweltbereich vermitteln, indem ökologische Erneuerung, umweltverträgliche Wirtschaftsformen und Beschäftigungspolitik gerade nachhaltige Entwicklungen in dünn besiedelten Räumen stärken können (vgl. Meyer-Engelke 1998, S. 8). Übereinkünfte, was Entwicklungen und Konzepte anbelangt, dürfen nicht mit Setzungen eines Regelwerks oder Maßnahmenplans als erledigt angesehen werden. Sowohl der Kooperation als auch der Ertüchtigung wären etwa Zielvereinbarungen angemessen (Danielzyk 2006, S. 11; Beirat RO 2005, S. 11).

Die permanente (Re-)Strukturierung der räumlichen Verhältnisse ist als politisch verantwortete (öffentliche) Aufgabe von Umbau zu gestalten, statt sie naturwüchsiger „passiver Sanierung“ zu überlassen (Beirat RO 2005, S. 1). Es sollte nicht um einen (vor-)schnellen Rückbau von (Infra-)Strukturen gehen, die im Augenblick nicht mehr brauchbar erscheinen, sondern vielmehr darum, sozioökonomische Entwicklungsmöglichkeiten offenzuhalten, auch im Hinblick auf kreative Potenziale und Talente, die überall „nachwachsen können und zu heben sind“ (Hahne 2005, S. 262 f.).

Insgesamt wird also stärker für eigenverantwortliche Ertüchtigung statt für Umverteilung plädiert (vgl. auch Groth u. a. 2006), ausdrücklich aber nicht als Entlassung aus gemeinsamer Entwicklung und Verantwortung und auch nicht vorrangig angesichts – zumal finanziell – eingeschränkter öffentlicher Handlungsmöglichkeiten, sondern durchaus unabhängig davon „aus der Sache heraus“. Denn plädiert wird für einen ebenso realistischen wie auch zukunftsragenden Umgang mit veränderten Wirkungsmechanismen räumlicher Strukturierung und erweiterter Individualisierung. Der Spannungsbogen zwischen Ertüchtigung bzw. Sinnstiftung und Verständigung bzw. Öffentlichkeit markiert ein Feld spezifisch zivilgesellschaftlichen Agierens für „gleichwertige Lebensverhältnisse“ (vgl. auch Kersten 2006, S. 246).

Ansätze

Für die Praxis einer Neuinterpretation „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ sind vor allem die Felder *Qualifizierung, Infrastruktur und Raumordnung* in den Blick zu nehmen (Weiteres s. auch ARL 2006). Dazu erscheinen – mit Blick vor allem auf Gebiete geringerer Dynamik bzw. dünner Besiedlung – einige Diskussionsanregungen interessant:

Essentiell im Sinne „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ sind Möglichkeiten zukunftsragender Qualifizierung als individuelle Entwicklungs- und Chancengleichheit. Ganz zentral geht es dabei um optimale Bildung überall vor Ort, was thematische Qualifikation und soziale Kompetenz anbelangt. Hierfür gibt es im Hinblick auf Konzepte, Inhalte und Organisationsformen erfolgreiche Beispiele anderer dünn besiedelter und dabei hochentwickelter Länder (vgl. Kubsch 2005).

Analog zu einer „Grundsicherung“ der Individuen (s.o.) ist von einer Grundausrüstung des jeweiligen Gebiets auszugehen (vgl. Beirat RO 2005, S. 6) mit dem klaren Fokus auf Bildung, auch in den Bereichen Betreuung, Gesundheit, Technik, Kommunikation und Verkehr. Damit ist nicht eine Grundausrüstung im Sinne von „Versorgung“ allgemeiner Ansprüche oder Kriterien gemeint, sondern gezielt eine „Infrastruktur der Ertüchtigung“ – d.h. weniger zur Qualifizierung von Räumen als vielmehr zur Qualifizierung ihrer Menschen. Sie und ihre Entwicklungschancen sind das Kriterium von „Gleichwertigkeit“. Es geht um eine Grundausrüstung mit den entsprechenden zeitgemäßen Mindeststandards für Leistungsmöglichkeiten auf hohem Niveau, die flächendeckend zur Förderung gesellschaftlicher Entwicklungs- und Handlungspotenziale und insofern jenseits jeweils betriebswirtschaftlicher Rentabilität verfügbar sein müssen (vgl. Hahne 2005, S. 262 f.). Stationäre Angebote dafür müssen nicht die Regel bleiben, denn eine weitere Entfaltung von Mobilität wird nicht nur für alle Akteure angenommen (inkl. intraregionaler „Multilokalität“, vgl. Beirat RO 2005, S. 2), sondern auch für einige kooperativen Leistungen und Güter (vgl. Hahne 2005). Traditionell werden dafür Zentrale Orte (als Angebotsorte) ausgewiesen zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Konzeptionell jedoch wird es um „nachfrageorientierte Aktionszentren“ regionaler oder lokaler Leistungsgemeinschaften aller Akteursgruppen gehen müssen. Insbesondere sind auch mobile Formen von „service to people“ bzw. „people to service“ zu forcieren (vgl. Aring 2004; Beirat RO 2005, S. 10 bzw. Hahne 2005, S. 263).

Implizit wird die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weiterhin eng verknüpft mit der Teilhabe am Arbeitsleben. Arbeit gegebenenfalls aktiv anderswo aufzusuchen bedeutet nicht, Räume geringer Dynamik bzw. dünner Besiedlung selbst dafür auszublenden; ihnen angepasste – und bisweilen überraschend erfolgreiche – Aktivitäten sind zu fördern (s. Kubsch 2005). Zugleich sollte die zunehmende Attraktivität urbaner Standorte für elaborierte Tätigkeiten dennoch ernsthaft zu Überlegungen anregen, inwieweit die räumliche

Orientierung wissensbasierter Wirtschaftstätigkeiten standörtlich auch anders gestaltet werden kann, indem einige davon auch einer Dezentralisierung zugänglich sind. Eine Rolle wird dabei die – auch standörtliche – Differenzierung in stärker wissensaktive bzw. nur informationsverarbeitende Tätigkeiten spielen. Ebenso sind Glieder der Wertschöpfungskette in den Blick zu nehmen, die wir uns angewöhnt haben, leichthin „Osteuropa und jenseits“ zuzuordnen.

6 Folgerungen

Resumee

Plädiert wird für eine realitätsorientierte und insofern zukunftsfähige Herangehensweise als Neuinterpretation einer „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. Die systematischen Veränderungen bei den Wirkungskräften von Raumstrukturierung verstärken ungleiche Raumentwicklung, sind als solche nicht beeinflussbar und stellen den tradierten Umgang mit Räumen geringer Dynamik bzw. dünner Besiedlung massiv infrage. Der angemessene „kulturelle“ Pfad wird mit *Ertüchtigung* charakterisiert. Er hat zwei Ebenen: die jeweiligen Räume bzw. deren Individuen.

Für die *Räume* geht es um eine Rolle, die verantwortungsvolle Arbeitsteilung bedeutet, insofern Anerkennung und Aktivierbarkeit. Darüber ist eine gesellschaftliche Verständigung erforderlich, die dann ebenso eine Würdigung der jeweiligen Rolle bedeutet wie auch deren Förderung. Die besonderen Herausforderungen bestehen darin, entsprechend essentielle und stetige Aufgaben zu definieren und deren Verabredung zwischen den einzelnen Räumen befriedigend zu vereinbaren. Mit gebietskörperschaftlichen Ängsten und Konkurrenzen gilt es produktiv umzugehen. Als übergreifende Kooperationsräume können sich zugleich neue Raumkulissen anbieten. Das tangiert insofern womöglich auch die Föderalismusdebatte. Die für eine neuinterpretierte „Gleichwertigkeit“ erforderliche Verständigung als (Lern-)Prozess muss als ebenso „kompliziert“ und langwierig eingeschätzt werden wie die Ablösung von der tradiert normierten Programmatik. Die einzelnen Räume müssen sich langfristig darauf ausrichten können, jeweils einen verabredeten Beitrag zur Gesamtentwicklung zu leisten – womit nicht heimlich die alte Hoffnung „nachholender Entwicklung“ gemeint ist.

Für die *Individuen* geht es darum, zeitgemäße soziale Handlungskompetenz dafür erwerben zu können, ihre eigene aktive und befriedigende Rolle im Strukturwan-

del zu meistern, wo auch immer sie dann gelebt wird. Der absolut zentrale Hebel für substanzielle „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ist damit Bildung. Eine Infrastruktur, die darauf zugeschnitten ist, stellt die räumliche Grundausrüstung als politische Voraussetzung dafür dar. Ein anderer Umgang mit Finanzen, was Umfang und Zuständigkeiten anbelangt, ist unausweichlich (vgl. auch ARL 2006). Gleichheit von Chancen für einen historisch konkreten gesellschaftlichen Aktionskontext setzt zudem den Zugang zu Erfahrungen mit seinen Strukturen und Merkmalen voraus. Potenzielle individuelle Mobilität kann – verselbständigt – zur Entleerung von Räumen geringer Dynamik bzw. dünner Besiedlung beitragen.

Kritische Punkte

Die Forderung nach ausfüllenden und insofern tragenden Rollen jeweiliger *Räume* bzw. die Option auch auswandernder *Individuen* verweist auf einen potenziellen Widerspruch: die Illusion „nachholender Entwicklung“ bzw. faktische „passive Sanierung“.

Motor eines negativen *circulus vitiosus* wäre die Entleerung von Räumen geringer Dynamik bzw. dünner Besiedlung. Die ist als solche jedoch nicht intendiert. Zum einen programmatisch nicht: Weithin unbewohnte Räume sind zwar anderswo Realität, entsprechen jedoch nicht dem uns (mitteleuropäisch) umgebenden Typ einer flächendeckend durch menschliche Nutzung angeeigneten – wenn auch nicht gleichermaßen bewohnten – Erdoberfläche bzw. „Kulturlandschaft“ (vgl. Sauer 2005; Schmithüsen 1964). Dafür kann jedoch ein anderer Umgang entwickelt werden (vgl. Matthiesen u.a. 2006); er kann sich darauf richten, tradierte Aneignungsformen abzulösen. Eine Reihe epochal neuer Aufgabenmöglichkeiten (z.B. in den Bereichen Nahrungsmittelwirtschaft, nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien, Tourismus- und Gesundheitsdienstleistungen) korrespondiert mit Gebieten dünner Besiedlung. Soweit sie im Spektrum der jeweiligen Raum-Rolle aufgehoben sind, steht die Absicht eines Aufgebens bzw. Brachfallenlassens von Räumen gar nicht zur Debatte. Selbst der beargwöhnte unproduktiv erscheinende „Landschaftspfleger“ könnte – bei einer Widmung etwa für Biomasse – eine allseits sinnstiftende Option darstellen.

Zum anderen ist eine Entleerung von Räumen auch konzeptionell nicht intendiert: „Gleichwertigkeit“ als individuelle Entwicklungs- bzw. Chancengleichheit überall soll auch in dünn besiedelten Räumen selbst, d.h. ohne interregionale Mobilität eingelöst werden

können, nämlich in der Praktizierung zeitgemäßer und anerkannter Tätigkeiten bzw. Aufgaben als Teilhabe am gesellschaftlichen wie Arbeitsleben und im Spektrum der jeweiligen Rolle eines Raums. Wer immer eine entwickelte soziale Handlungskompetenz vor Ort aktiv entfalten will, wäre für die entsprechenden spezifischen sozioökonomischen Tätigkeiten angemessen zu fördern. Ergänzungs- bzw. Folgeaktivitäten, die dadurch induziert werden können, sind – wie Beispiele zeigen (vgl. Kubsch 2005) – als „Humus“ eigenständiger Entwicklungselemente anzusehen. Das betrifft sowohl innovative Tätigkeitsthemen (z.B. Kulturwirtschaft, Landbau, und Gesundheitswirtschaft) und Tätigkeitsformen (zwischen formeller und informeller Ökonomie) wie auch Lebensstile. Eine entsprechend profilierte regionale Sozialökonomie dünn besiedelter Räume, die sich auf produktive „Nischen“ beziehen könnte, läuft von selbst also weder auf implizite „nachholende Entwicklung“ noch auf faktische „passive Sanierung“ hinaus.

Eine Orientierung der Neuinterpretation „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ auch auf ein alternatives zeitgemäßes Leitbild wie z.B. das einer differenzierten „Kohäsion“ der EU sollte dennoch mit einem geschärften Blick verbunden sein. Die starke Ausrichtung auf Zusammenhalt im Sinne sozialpolitischer Integration zentrifugaler Wirkungskräfte und Strukturierungen kann dazu beitragen, dem mit einer „Verhinderungs“-Programmatik allzu gravierender Entwicklungsabstände zu begegnen (vgl. Kersten 2006, S. 250). Im Sinne einer Ertüchtigung für bewegliche Zukünfte aber wäre einer dergestalt eher passiven Konzeption die individuell aktivierende „Programmatik der Entwicklung“ gegenüberzustellen.

Ansporn

Für „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ im hier entfalteten Verständnis stellen tendenziell unbewohnte Räume kein Tabu dar. Das aber schwingt bei den vielfältigen aktuellen Diskussionen vielfach prägend und hinderlich mit und wird zudem durch den demographischen Wandel als Drohkulisse gefüttert – ist die Versorgung mit Daseinsfunktionen durch Entleerung doch erst recht gefährdet. Dieses tradierte Denken ist aber ebenso hemmend wie das Tabu für Deutschland kulturell erklärlich ist: Wir haben mit unbewohnten Räumen keine Erfahrung. Diese Sperre aber muss geöffnet werden. Nicht um auf Entleerung hinzuarbeiten, wohl aber, um von daher zu denken, d.h. um produktiv zu klären, welche Konzepte und Maßnahmen für den Umgang mit tendenziell unbewohnten Räumen angemessen, also zielführend sind. Immerhin ist eine Reihe

von Ländern dadurch erheblich geprägt und zugleich – wie insbesondere Kanada oder in Skandinavien – hoch entwickelt, was ökonomische Anpassungsfähigkeit und eben auch schulische Ausbildung betrifft. Von ihnen lernen (vgl. auch Beirat RO 2005, S. 11) heißt auch, eine neue Realität insbesondere bei den Wirkungskräften der Raumstrukturierung zu erschließen und diese einer tragfähigen Kohäsionspolitik zugänglich zu machen.

Der Beitrag basiert auf einem Impuls-Referat für die Expertenkommission „Kompetenzzentrum Kommunen und Regionen“ der Bertelsmann Stiftung, Sitzung am 4. September 2006.

Literatur

- Aring, Jürgen: Neue Leitbilder der Raumentwicklung. – 2004; Vorlage zur Fachtagung des BMVBW/BBR am 12.9.2005
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung – ARL: Gleichwertige Lebensverhältnisse. Diskussionspapier des Präsidiums. In: ARL-Nachrichten (2005) 2, S. 1–3
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung – ARL: Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren! – Hannover 2006. = Positionspapier aus der ARL, Nr. 69
- Barlösius, Eva: Gleichwertigkeit ist nicht gleich. Aus Politik u. Zeitgeschichte H. 37 (2006), S. 16–23
- Beirat für Raumordnung; Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Städtebau: Stellungnahme zur raumordnerischen Diskussion der Ausgestaltung des Leitprinzips „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. – Berlin 2005 (21.09.2005)
- Blotevogel, Hans H.: Die Metropolregionen in der Raumordnung Deutschlands – ein neues strategisches Raumbild? *Geographica Helvetica* 26 (2001) 3, S. 157–168
- Brake, Klaus: Städte – Standorte (in) der Wissensgesellschaft. *Neues Archiv f. Niedersachsen* (2004) H. 2, S. 113–122
- Brake, Klaus: „Re-Urbanisierung“ und wissensbasierte Ökonomie. In: *Kritische Regionalwissenschaft – Neue Tendenzen in Regional-Entwicklung und -Theorie*. Hrsg.: Frieling, Hans-Dieter von; Krumbein, Wolfgang; Kröcher, Uwe; Sträter, Detlev. – Göttingen 2007 (in Vorb.)
- Danielzyk, Rainer: Regionale Disparitäten und die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ – Handlungsbedarf aus der Sicht von NRW. Vortrag auf der Fachtagung „Regionale Disparitäten – Grund für eine ausgleichsorientierte Raumentwicklungspolitik?“ von BBR und Euregia, Leipzig 25.10.2006 (Powerpoint-Präsentation 12 S. Text)
- Göschel, Albrecht: Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen. Zur Neuinterpretation einer Norm. *Difu-Berichte* 1/2004, S. 2–3
- Groth, Klaus-Martin; Helbrecht, Ilse; Rommelspacher, Thomas: Von der Disparität zur Differenz. Die Zukunft der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. In: *Das neue Gesicht der Stadt*. Hrsg.: Heinrich Böll-Stiftung. – Berlin 2006, S. 37–54

Hahne, Ulf: Zur Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels. Raumforsch. u. Raumordnung 63 (2005) H. 4, S.257–265

Hauser, Susanne; Kamleithner, Christa: Ästhetik der Agglomeration. – Wuppertal 2006

BBR (Hrsg.): Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse? Themenheft. Inform. z. Raumentwicklung (2006), H. 6/7.2006

Kersten, Jens: Daseinsvorsorge und demographischer Wandel: Wie ändert sich das Raum- und Staatsverständnis? Raumforsch. u. Raumordnung 64 (2006) H. 4, S. 245–257

Kubsch, Rüdiger: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nur durch lokale Kräfte. In: Landliebe – Landleben. Ländlicher Raum im Spiegel von Sozialwissenschaften und Planungstheorie. Hrsg.: Altröck, Uwe u. a. – Berlin 2005, S. 131–140, zugl. Planungsrundschau Nr. 12

Läpple, Dieter: Thesen zur Renaissance der Städte in der Wissensgesellschaft. In: Jahrbuch StadtRegion 2003. Hrsg.: Gestring, Norbert u. a. – Opladen 2004, S. 61–77

Matthiesen, Ulf; Danielzyk, Rainer; Heiland, Stefan; Tzschaschel, Sabine (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderungen für die Raumplanung. Verstandnisse – Erfahrungen – Perspektiven. – Hannover 2006. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 228

Meyer-Engelke, Elisabeth: Umweltprojekte in dünn besiedelten Gebieten Ostdeutschlands als Beispiele einer nachhaltigen Regionalentwicklung. PlanerIn (1998) H. 3, S. 4–8

Ministerkonferenz für Raumordnung – MKRO: Weiterentwicklung raumordnungspolitischer Leitbilder und Handlungsstrategien. Beschluss der 32. MKRO vom 28.4.05. – Berlin 2006

Neu, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. Gleichwertigkeit ist nicht gleich. Aus Politik u. Zeitgeschichte H. 37 (2006), S. 8–15

Platzek, Matthias; Wowereit, Klaus: Gespräch des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Matthias Platzek, und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, am 24. Juni 2005 („6-Punkte-Papier“). – Berlin 2005

Sauer, Carl O.: Morphologie der Landschaft. Auszüge. In: Landschaftstheorie. Texte der Cultural Landscape Studies. Hrsg.: Franzen, Brigitte; Krebs, Stefanie. – Köln 2005, S. 91–108

Schlömer, Claus; Bucher, Hansjörg: Arbeitslosigkeit und Binnenwanderungen. Inform. z. Raumentwicklung (2001) H. 1, S. 33–47

Schlömer, Claus: Binnenwanderungen seit der deutschen Einigung. Raumforsch. u. Raumordnung 62 (2004) H. 2, S. 96–108

Schmithüsen, Josef: Was ist eine Landschaft. – Wiesbaden 1964

Strubelt, Wendelin: Auf der Suche nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – oder: die Suche nach verloren gegangenen Sinn der Zeit? Inform. z. Raumentwicklung (2006) H. 6/7

Ausgewählte Presse-Berichte über den Umgang mit einer Entleerung ländlicher Räume:

„Man wird Jeep und Handy brauchen“ (Brandenburg) - Financial Times Deutschland – FTD v. 18.7.2006, S. 11

„Vom Umgang mit der ländlichen Leere“ (Landkreis Uecker-Randow) – Neue Zürcher Zeitung (NZZ) v. 26.6.2006, S. 8 (intern. Ausgabe)

„Leerräume“ (vor allem im ländlichen Raum wird der Wandel spürbar sein) – Berliner Zeitung v. 30.10.2006, S. 2

„Großes Gefälle“ (von einheitlichen Lebensverhältnissen in Deutschland kann keine Rede sein) – Capital 6/2005, S. 28/29

Prof. Dr. Klaus Brake

Center for Metropolitan Studies

Ernst-Reuter-Platz 7/TEL 3-0

10587 Berlin

E-Mail:

klaus.brake@berlin.de / klaus.brake@snaful.de